

Beschluss des 5. Landesparteitages
2. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen am 5.11.2016 in Eisenberg
(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 4 Stimmenthaltungen angenommen)

Zukunftsfähige Kommunen - Mitbestimmung stärken

DIE LINKE Thüringen ist in den Kommunen eine starke Kraft. Mehr als 800 MandatsinhaberInnen unsers Landesverbandes sorgen für eine direkte Einflussnahme und Mitgestaltung politischer Prozesse. Sie prägen damit in der Öffentlichkeit das Bild der Partei. Durch ihre Aktivitäten, Fähigkeiten und Kompetenzen konnten die hohe Akzeptanz und damit stabile Wahlergebnisse des Landesverbandes Thüringens gesichert werden. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war das ursprüngliche Konzept der politischen Erneuerung aus den Kommunen heraus. Die damalige Strategie war aus den Erfahrungen und der Verantwortung bis 1989 begründet. Während zunächst die Konzentration auf die „außerparlamentarische“ Funktion neben den kommunalen Gremien erfolgte, wandelte sich das Selbstverständnis wieder hin zu stärkerem Einfluss in den Gremien. Dies fand die Fortsetzung in Kandidaturen für ehrenamtliche und hauptamtliche Wahlfunktionen in den Rathäusern und Landratsämtern. Leitmotiv des kommunalpolitischen Wirkens war zu jeder Zeit und in jeder Funktion die Stärkung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Einwohnerinnen und Einwohner sowie mehr Transparenz im Verwaltungshandeln („gläsernes Rathaus“).

1. Einstiegshürden senken

Die traditionellen kommunalpolitischen Strukturen leisten in den Kreisen, Städten und Gemeinden eine hervorragende Arbeit. Leider gelang es in der Vergangenheit nur selten, einen „schleichenden“ Generationenwechsel einzuleiten und eine breitere Fächerung der gesellschaftlichen und politischen Inhalte mit verschiedenen politischen, gesellschaftlichen und sozio-kulturellen Akteuren zu erreichen. Um eine breitere Basis für das Wirken in den Kommunen zu erreichen, sollte eine Willkommenskultur geschaffen werden, welche es Akteuren, die für eine alternative Politik und Gesellschaft stehen, ermöglicht, mit unseren Strukturen in Kontakt zu treten.

Bestehende Differenzen können auf Basis eines gemeinsamen Wertefundamentes (Frieden, soziale Gerechtigkeit, direkte Demokratie, Nachhaltigkeit, Emanzipation, konsequenter Antifaschismus und Antimilitarismus) in den Hintergrund treten. Das ermöglicht die notwendige Öffnung in Gesellschaftskreise, die bereits ein diffuses Gefühl eines „Das kann doch so nicht weitergehen“ haben. Werden diese Leute nicht von links „abgeholt“, werden es andere Akteure tun bzw. nimmt die Politik(er)verdrossenheit weiter zu.

Um bereits bestehende Strukturen zu unterstützen, auszubauen und gesellschaftlich zu öffnen, gilt es neue Angebote unterschiedlichster Art und auf unterschiedlichen Ebenen zu schaffen. Dazu gehören:

1. Konstruktive „Spinnstunden“ und gemütliches Beisammensein
2. Konzept-Erarbeitung, Herstellung von Politikfähigkeit
3. Organisation und Durchführung von Veranstaltungen in verschiedenen Formaten.

Weiterhin müssen gesellschaftliche Akteure aus Vereinen, Gruppierungen oder Verbänden stärker in unsere kommunale Arbeit eingebunden werden. Ein Kennenlernen der Positionen und Personen ist insbesondere über das Instrument der Nominierung als sachkundige BürgerInnen in fast allen Kommunalparlamenten möglich. Ebenso sollte stärker das Konzept der offenen Beratungen gelebt werden, um die Erfahrungen und das Wissen externer Personen frühzeitig einbeziehen zu können.

2. MandatsinhaberInnen qualifizieren

Wer Kommunalpolitik mitgestalten will, muss wissen, wie die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen sind. Wer im Gemeinde- oder Stadtrat sowie im Kreistag aktiv handeln will, muss den Haushalt und die Beschlussvorlagen der Verwaltung lesen und verstehen können. Die Entwicklung eigener Anträge oder von Änderungsanträgen muss man erlernen. Wenn sich Einwohnerinnen und Einwohner aktiv in die Kommunalpolitik einmischen wollen, geht das kaum ohne Kenntnisse und Erfahrungen. Die Vernetzung von einzelnen Akteuren, die Organisation von Kampagnen und der Öffentlichkeitsarbeit ist natürlich ein Lern- und Erfahrungsprozess. Nicht weniger bedeutsam ist die politische Sensibilisierung im Umgang mit rechtlichen und formalen Regularien, die geschickt für die eigene Gremienarbeit politisch zu nutzen ist. Sofern DIE LINKE in den kommunalen Gremien nicht auf eine eigene Mehrheit setzen kann, muss verstanden werden, welche regulativen Minderheitenrechte zu welchem Zeitpunkt richtig eingesetzt werden können, um ein politisches Ziel zu erreichen.

Mit dem Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V. (KOPOFOR) hat der Landesverband Thüringen einen starken, anerkannten und erfahrenen Partner in der kommunalen Bildungsarbeit. Diese Kooperation soll ausgebaut und damit auch mehr regionale Bildungsveranstaltungen angeboten werden. Inhaltliche Arbeitspapiere, Hinweise und Kurzerklärungen werden den Mandatsinhaberinnen vom KOPOFOR zur Verfügung gestellt. Diese Kooperation gilt es mit Workshop-Angeboten, Veranstaltungen und auch einer abgestimmten Personalentwicklung zu erweitern.

3. Regionen und Regierung vernetzen

Trotz der unterschiedlichen Situationen in den Thüringer Kreisen, Städten und Gemeinden gibt es viele Gemeinsamkeiten und Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit. Neben der aktuell diskutierten und bis 2019 abzuschließenden Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform gibt es schon jetzt enorme Abstimmungsbedarfe. In verschiedenen Regionen gibt es schon Projekte der Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen. So findet in Ostthüringen seit 2015 regelmäßig eine Tagung „Linker Ostthüringer Kommunalpolitiker (LOK)“ statt. Das Veranstaltungsformat bietet einen fakultativen wiederkehrenden Teil des Einstiegs in die Kommunalpolitik auch für potentielle neue MandatsträgerInnen. Im Anschluss informieren und diskutieren VertreterInnen der Regierung und Landtagsfraktion zu jeweils zwei festgelegten Themen. Abgeleitet werden Handlungsspielräume und Möglichkeiten für Initiativen unserer Fraktionen. Dieses Veranstaltungsformat sollte weiterentwickelt und auch anderen Regionen als Möglichkeit der Zusammenarbeit angeboten werden.

4. Kommunale Strukturreform als Chance nutzen

Die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform wird bis 2019 fast alle kommunalen Strukturen verändern, Aufgaben verschieben und Funktionen neu regeln. Im Rahmen dieser Reformen wird die kommunale Ebene gestärkt und die Entscheidungen nach dem Subsidiaritätsprinzip so nahe wie möglich an die Bürgervertretungen geordnet. Jede Verschiebung von Aufgaben soll in den eigenen Wirkungskreis erfolgen und damit direkt in die Entscheidungsebene der kommunalen MandatsträgerInnen gelangen. Dies führt zu einer Aufwertung der Entscheidungskompetenz der kommunalen Ebene. Für unsere MandatsträgerInnen bedeutet das jedoch auch eine noch höhere Verantwortung und dementsprechende Bedarfe an Fachwissen und Beratung.

Die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform ist ein zentrales Anliegen des Rot-Rot-Grünen Koalitionsvertrages und der Wahlprogramme unserer Partei in den vergangenen Jahren. Eine erfolgreiche Reform, die die Leistungsfähigkeit der Kommunen erhöhen soll, wird eines der wichtigsten Wahlkampfthemen 2019 werden. Dieses Reformpaket bedarf der breiten kommunalen Unterstützung. Die unterschiedlichen Akteure in Land und Kommune müssen gemeinsam für den Erfolg der Reformen werben.